

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Titelseite

Verdacht auf Bestechung: Anzeige gegen Dong

Stralsund/Lubmin (OZ) Der geplante Bau des Steinkohlekraftwerks Lubmin setzt den dänischen Investor Dong Energy auch juristisch unter Dampf. Wie Ralf Lechte, Sprecher der Staatsanwaltschaft Stralsund, gestern der OZ bestätigte, hat die Behörde Ermittlungen gegen den Stromkonzern aufgenommen. Anlass sei eine Anzeige wegen versuchter Bestechung.

Die Anzeige stammt von Marita Kunze, Mitbegründerin der Usedomer Bürgerinitiative „Kein-Kohlekraftwerk-Lubmin“. Wie Kunze der OZ sagte, beziehe sie sich auf Aussagen des Lubminer Bürgermeisters Klaus Kühnemann (parteilos). Dieser hatte Dienstag unter anderem erklärt, Mitarbeiter von Dong hätten ihm am 2. November in Wolgast Geld für „klamme Gemeindekassen“ angeboten. Es sei ihnen „um gute Nachbarschaft“ gegangen. Kühnemann habe das Angebot mit der Begründung zurückgewiesen, „solche Geschäfte“ mache er nicht (OZ berichtete). Staatsanwalt Lechte erklärte, auch ohne Anzeige hätten die vorliegenden Indizien „Anlass zum Nachhaken“ gegeben.

Peter Gedbjerg, Projektleiter von Dong Energy Deutschland, sagte, er wolle die Strafanzeige „nicht kommentieren“. Sein Unternehmen warte die Ermittlungen ab. Gedbjerg zeigte sich fest davon überzeugt, dass das umstrittene Kraftwerk, das jährlich bis zu elf Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen wird, nach den in Deutschland geltenden Gesetzen genehmigungsfähig ist. Das Unternehmen hofft noch vor Ende 2007 auf die erste baurechtliche Genehmigung.

JÖRG KÖPKE

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Wirtschaft

Windpark vor Darß perfekt

Erste Anlage vor deutscher Küste liefert 2009 Strom. Planer, Betreiber und Hersteller unterzeichneten eine Vereinbarung über 21 Turbinen mit 52,2 Megawatt.

Berlin (OZ) Mit dem Windpark Baltic I, etwa 15 Kilometer nördlich der Halbinsel Darß und 28 Kilometer westlich von Hiddensee, wird 2009 die erste größere kommerzielle Offshore-Anlage Energie liefern. Gestern schlossen die wpd think energy GmbH & Co. KG als Planer und Betreiber und der Hersteller Nordex AG in Berlin eine Vereinbarung ab über die Lieferung von insgesamt 21 Turbinen mit je 2500 Kilowatt Leistung.

Der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Otto Ebnet (SPD) sprach von einem „wichtigen Tag“ für die Windkraftenergieerzeugung in MV. Er freute sich, dass „es nun richtig los geht“ und das wichtige Pilotprojekt realisiert werden kann. Im Mai 2009 werden die ersten etwa 128 Meter in den Himmel ragenden Turbinen errichtet. Der 52,5-Mega-Watt-Anlage vor dem Darß werden in den nächsten Jahren weitere fünf Anlagen vor der Küste des Landes folgen. Vier davon seien bereits genehmigt. Insgesamt sollen nach derzeitigen Planungen einmal Wind-Turbinen mit rund 1400 MW Leistung errichtet werden. Rund das Dreifache der Leistung des bisherigen Kohlekraftwerkes am Rostocker Hafen, rechnete Ebnet vor. Dieses Projekt unterstreicht die herausragende Stellung des Windkraftanlagenbauers Nordex und die Leistungsfähigkeit des Kompetenzzentrums Rostock für Offshore-Windkrafttechnologie. Der Minister rechnet damit, dass Nordex und andere Unternehmen, die an der Herstellung von Windanlagen beteiligt sind – etwa der Kranbauer Liebherr sowie Spezialfirmen – vom weltweiten Boom der Windkraft profitieren werden. MV war das erste deutsche Bundesland, dass auf dem Meer eine Raumordnungsplanung durchgeführt hat, zeigte sich Ebnet zufrieden. Das könne künftige Verfahren erheblich abkürzen und Rechtssicherheit schaffen. Das Land sorgte für ein rasches Genehmigungsverfahren. Es zahle jedoch keinen Cent an Förderung, betonte Ebnet gegenüber der OZ.

Ein großer Tag war gestern auch für Carlo Schmidt, Chef der Offshore Ostsee Wind AG in Börgerende, der maßgeblich am Zustandekommen des ersten Windparks beteiligt ist. Der 39-Jährige hatte an der Ingenieur-Hochschule Rostock-Warnemünde Maschinenbau studiert. „Mit Herzblut“ habe er für den Windpark und damit für die Energiegewinnung der Zukunft gekämpft. Während viele Studienkameraden das Land Richtung Westen verließen, glaubte Schmidt fest an seine unternehmerische Zukunft im Norden.

Die Windkraft pustet die Energiebranche in MV ordentlich an. Gernot Blanke, Vorstandschef des Betreibers wpd, veranschlagt die Investitionskosten für Baltic I auf 140 bis 150 Millionen Euro. Anfang kommenden Jahres werde die Finanzierung stehen. Für rund 50 bis 60 Millionen Euro wird Nordex die Anlagen liefern. Ursprünglich sollte ein dänisches Unternehmen den Großauftrag erhalten.

Im Laufe des Genehmigungsverfahrens konnten auch zahlreiche Vorbehalte gegen Windturbinen in der Ostsee ausgeräumt werden. So warnten Hoteliers vor einer „Verspargelung der Küste“. Schifffahrt und Vogelzug hätten beeinträchtigt werden können. Minister Ebnet beruhigte gestern noch einmal die Gemüter. Mit negativen Auswirkungen auf Schifffahrt und Tourismus sei nicht zu rechnen.

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Ostvorpommern

Giftige Kraftwerksabgase könnten Nahrung für Algenzucht werden

Greifswald/Lubmin „Das Kraftwerk wird samt Algenzuchtanlage 2013 in Betrieb gehen.“ Ein Raunen ging durch den Konferenzraum des Universitätshauptgebäudes als Albert Uwe Schön, Generalbevollmächtigter der Dong Energy Kraftwerke Greifswald, vorgestern auf einem Workshop sprach. „Wenn wir die Genehmigung bekommen“, schob er zögerlich nach.

In seinem Vortrag ging er auf das CO₂ in der Stromerzeugung ein. Er stellte ein neues Konzept zur Umwandlung von CO₂ in Biomasse durch Mikroalgen vor. Algen können das Gas für ihr Wachstum nutzen. Auf diese Weise sollen die ungeliebten Abgase, die bei der Verbrennung der Kohle entstehen „gereinigt“ werden. Schön hatte vor drei Monaten Prof. Dr. Lindequist vom Greifswalder Institut für Pharmazie um wissenschaftliche Unterstützung gebeten.

Laut Schön sollen die in Lubmin erzeugten Verbrennungsgase durch 25 bis 35 km lange Rauchgasleitungen ins Landesinnere zu Algenreaktoren fließen. „Nach unseren Vorstellungen sollen die Zuchtanlagen zwischen Greifswald und Demmin bzw. Anklam entstehen. Und wir reden hier nicht von kleinen Teichen, sondern von Flächen, die größer als 200 Hektar sind“, so Schön. Dort entstünden große Mengen an Biomasse, die weiter verwertet werden soll. Als mögliche Nutzungsformen nannte Dr. Mundt vom Greifswalder Institut für Pharmazie den Einsatz der Algen in der Kosmetik, zur Biodieselerzeugung und in der Nahrungsmittelindustrie. Die Pharmazeutin habe jedoch kein schlechtes Gewissen, sollte das Kraftwerk in Lubmin gebaut werden. Sie sehe die Dinge mit wissenschaftlichen Augen. „Wenn das Kraftwerk nicht entsteht, so wird aus unserem Projekt nichts“, fügt Prof. Lindequist an. Die Finanzierung des Forschungsprojektes sei noch nicht geklärt. In einer anschließenden Diskussionsrunde kamen Fragen aus dem Publikum. Was ist mit den Schwermetallen und Giftstoffen, die bei der Verbrennung der Kohle entstehen? Werden diese nicht von den Algen aufgenommen? Und die soll man dann essen? „Darüber haben wir noch keine genauen Erkenntnisse“, muss Schön zugeben. Dr. Mundt äußerte sich skeptisch zur Nutzung der Algen als Nahrungsmittelergänzung. Auch sollen von den anfallenden 7,5 t CO₂ pro Jahr nur fünf bis zehn Prozent in die Algenreaktoren einfließen.

Nachdem Dong Energy sich im Land MV als Sponsor in den Bereichen Sport, Bildung und Kultur engagiert hat, sollen nun auch Akedemiker mit Forschungsprojekten bedacht werden. IRIS LANGER

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Ostvorpommern

Forum zum Kohlekraftwerk

Lubmin Zu einer Gesprächsrunde mit dem Titel „Neue moderne Steinkohlekraftwerke – Fluch oder Segen“ lädt am nächsten Mittwoch (12. Dezember, 10.30 – 13 Uhr) der Unternehmerverband Vorpommern ein. „Wir wollen, dass die positiven Seiten des Projekts, dass der Konzern Dong in Lubmin plant, mehr beleuchtet werden“, sagt Verbandspräsident Gerold Jürgens. Als Redner auftreten werden deshalb Fachleute aus der Energiebranche. Dieter Korschill spricht zum Bau und Betrieb des Steinkohlekraftwerkes Rostock. Dong-Projektleiter Peter Gedbjerg erläutert das Vorhaben in Lubmin. A.L.

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Ostvorpommern

Keine Einigkeit im Gemeinderat

Seebad Lubmin Mit sieben Gegenstimmen, drei Enthaltungen und lediglich zwei Stimmen, die für eine aktualisierte gemeinsame Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren für „Bau des Steinkohlekraftwerkes“ stimmten, ist gestern die Sondersitzung der Lubminer Gemeindevertretung zu Ende gegangen. Damit wird die Gemeinde kein Dokument beim StAUN abgeben. Klar ist jetzt auch, dass der lobenswerte Versuch des Abgeordneten Dr. Gerhard Lange, einen Kompromissvorschlag der beiden Fraktionen „Frischer Wind“ und CDU zustande zu bringen, fruchtlos blieb. Die Auffassungen sind zu unterschiedlich. ST.BR.

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Aus der Nachbarschaft

Grüne fordern Klima-Konferenz für die Stadt

Stralsund Anlässlich der Welt-Klimakonferenz in Bali hat der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gefordert, dass die Stralsunder Stadtwerke nur noch Strom aus regenerativen Energien einkaufen und anbieten. „Vorbild kann die Stadt Kassel sein, die nur noch hundertprozentig sauberen Strom, z. B. aus Wasser- und Windkraft, bezieht“, erklärt Grünen-Sprecher Dr. Arnold v. Bosse. Stralsund könne so auch tourismuswirksam sein Image verbessern, etwa mit dem Label „Klimafreundlichste Stadt im Norden“. Parallel dazu muss die städtische Stromerzeugung umweltfreundlich werden, z. B. durch ein Biogas-Kraftwerk. Die Grünen schlagen vor, dass zu dieser Thematik eine Konferenz aller Bürgerschaftsfraktionen mit den Stadtwerken und der Fachhochschule einberufen wird.

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Insel Usedom links

CDU des Kreises votiert einstimmig für Steinkohlekraftwerk Lubmin

Ostvorpommern Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich in einer gemeinsamen Beratung mit dem Kreisvorstand und den Vorsitzenden der Ortsverbände eingehend über den Stand des beabsichtigten Kraftwerkbaus am Standort Lubmin informieren lassen. Nachdem jüngst sowohl das Verwaltungsgericht Greifswald, als auch das Oberverwaltungsgericht M-V entschieden haben, dass der zuständige Zweckverband die Planung zu Ende führen dürfe, sprachen sich die Christdemokraten einmütig dafür aus, auch die Chancen eines solchen Vorhabens zu erkennen.

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Leserpost

Kraftwerk passt nicht zum Innovationsstandort Greifswald

Zum geplanten Steinkohlekraftwerk merkt Otmar Greger aus Greifswald an: Für mich ist es unverständlich, warum die Dänen ihr Kraftwerk nicht zu Hause bauen. Da die Kohle ja aus Übersee kommt, wäre der Transportweg kürzer, genügend Wasser gibt es in Dänemark auch. Außerdem ist der Strom von Dänemark aus genausogut zu exportieren. Anfangs hieß es, im Kraftwerk würden 120 Arbeitsplätze entstehen, jetzt werden es täglich mehr. Wie kann es sein, dass Herr Ringstorff von 400-500 Jahren Verfügbarkeit der Steinkohle spricht, wenn ein Beitrag auf der gleichen Zeitungsseite nur etwa 180 Jahre ausweist. Zum Vergleich mit Rostock: Das Kraftwerk dort hat nur ein Drittel der Leistung des für Lubmin geplanten Kraftwerks; es ist in einem Industriestandort angesiedelt, der sicher größer ist als der Lubminer. Die Seebäder in Vorpommern liegen in der Hauptwindrichtung des geplanten Kraftwerks, in Rostock ist es umgekehrt. Das für Lubmin geplante Kraftwerk wird nicht einmal eine Wärmekopplung haben. Das ist umweltpolitischer Unsinn. Die Konsolidierung des Landeshaushalts ins Feld zu führen, ist ein schwaches Argument. Warum wird das Kraftwerk nicht in anderen schwachen Regionen gebaut, wo es nicht mit dem Tourismus kollidiert? *

Ebenfalls zum Kraftwerk schreibt Stefan Fassbinder aus Greifswald:

Ich lehne das geplante Steinkohlekraftwerk strikt ab - im Interesse des Weltklimas, der Zukunft unserer Region und unserer Heimatstadt Greifswald. Das Kraftwerk wird alle Anstrengungen, den Kohlendioxid-Ausstoß zu reduzieren, wieder zunichte machen; es wird viele Arbeitsplätze im Tourismus vernichten und diese Steinzeittechnologie passt nicht zum Innovationsstandort Greifswald.

Dow Jones Energy Daily

Der Newsletter "Dow Jones Energy Daily" informiert umfassend über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in der Versorgerlandschaft. Die Berichterstattung konzentriert sich auf die Strom- und Gasversorgung, berücksichtigt aber auch alle anderen Energieträger. Neben aktuellen und häufig exklusiven Nachrichten werden in der Publikation auch die politischen und juristischen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft beleuchtet. Zudem sind weiterführende Kontaktadressen mit Ansprechpartnern angegeben.

•
•Dong-Kohlekraftwerk in Lubmin gerät in die Schusslinie

BERGEN/LUBMIN (Dow Jones)--Auch die Pläne von Dong Energy, im mecklenburgischen Lubmin ein 1.600-MW-Steinkohlekraftwerk zu errichten, stoßen zunehmend auf Kritik. Nach Lubmin und Usedom wollen nun auch Einwohner auf der Insel Rügen eine Bürgerinitiative gründen, um das Projekt zu verhindern. Auch in Dänemark kritisiert die Opposition zunehmend das Projekt, wie die deutsche Tageszeitung "Der Nordschleswiger" in Dänemark berichtet.

Die Opposition in Dänemark mache Stimmung gegen die Klimaministerin Connie Hedegaard, deren Ministerium beim noch staatlichen Konzern Dong ein Mitspracherecht habe. In Dänemark wolle sie erreichen, dass jährlich 1 Mio t CO₂ weniger ausgestoßen werden, während das neue Kraftwerk bei Greifswald 10 Mio t CO₂ jährlich emittiere, schreibt "Der Nordschleswiger" weiter. Die sozialdemokratische Energiesprecherin Mette Gjerskov verlange von Hedegaard ein Einschreiten gegen die Dong-Pläne. Die Protestler würden als Alternative dezentrale Kraftwerke fordern. Bis Donnerstag könnten Einsprüche gegen das Projekt in Deutschland erhoben werden. Unterdessen erhöht sich auch die Kritik in unmittelbarer Umgebung des Kraftwerks. Nach einem Treffen von Kraftwerkskritikern am Montagabend in Bergen hätten sich etwa 30 Teilnehmer zur Mitarbeit bereiterklärt, teilten die Grünen am Dienstag mit. Zudem kündigten Kraftwerksgegner in Greifswald für 17. Dezember die Gründung einer weiteren Bürgerinitiative an. Einen Tag später wollen die Zusammenschlüsse gemeinsam in Greifswald gegen das Projekt des dänischen Konzerns Dong Energy demonstrieren.

Der dänische Energiekonzern Dong Energy plant unmittelbar neben dem stillgelegten Kernkraftwerk Lubmin den Bau von zwei 800-MW-Blöcken. Das von der Landesregierung befürwortete, etwa 1,5 Mrd EUR teure Steinkohlekraftwerk soll spätestens 2012 in Betrieb gehen und jährlich rund 4,4 Mio t Steinkohle verstromen. Die Mehrheit der Einwohner von Lubmin hatte sich gegen den Bau der Kohleblöcke in dem Seebad ausgesprochen. Umweltschützer kritisieren vor allem den geringen Wirkungsgrad von 47% wegen fehlender Kraft-Wärme-Auskoppelung. Das würde nach ihrer Ansicht zu einer deutlichen Erwärmung des Greifswalder Boddens führen.
DJG/ddp/som/mwa/cla/4.12.2007

5. Dezember 2007 -WZ | KREFELD AKTUELL

Aus für das Kraftwerk ist so gut wie besiegelt

Entscheidung: Die CDU zementiert das Nein zum Milliardenprojekt und will schon Mittwochabend Fakten schaffen.

Die Pläne für das Kraftwerk stehen vor dem Aus: Die CDU will ihr Nein durch eine Änderung der Bebauungspläne zementieren.

Krefeld. Das Aus für das Steinkohlekraftwerk in Uerdingen ist offenbar besiegelt. Die CDU hat gestern entschieden, den Trianel-Plänen für das Milliardenprojekt am Uerdinger Chemiepark nicht zuzustimmen. Nachdem die Partei in den vergangenen Wochen intern Für und Wider einer 750-Megawatt-Anlage intensiv diskutiert hatte, will sie jetzt blitzschnell Fakten schaffen: Schon für die heutige Sitzung des Planungsausschusses ist ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt worden, durch den ein Groß-Kraftwerk am Bayer-Areal künftig komplett ausgeschlossen werden soll.

Wie der CDU-Ratsherr und Uerdinger Bezirksvorsteher Elmar Jakobowski gestern Abend gegenüber der WZ erklärte, soll der Planungsausschuss heute zwei Bebauungspläne ändern. Diese gelten für das Gebiet, auf dem Trianel und Bayer das 750-Megawatt-Kraftwerk bauen wollen. Die Investoren hatten eigentlich darauf gesetzt, dass eine Änderung zu ihren Gunsten erfolgt. Das Gegenteil soll nun der Fall sein: Nach Angaben Jakobowskis ist Ziel, die Bebauungspläne an den Beschluss des Hauptausschusses vom 8. März anzupassen. Da hatten sich die Politiker mit deutlicher Mehrheit – außer der FDP – gegen den Bau des Steinkohlekraftwerks ausgesprochen.

Lediglich die SPD legte seither eine Kehrtwende hin. Aber selbst gemeinsam mit der FDP findet sich keine Mehrheit für das 750-Megawatt-Projekt, das Bayer als wichtigen Faktor für die Sicherung des Standorts in Uerdingen bezeichnet. Auch der Landtag hatte sich zuletzt mit deutlicher Mehrheit für den Bau ausgesprochen.

Signal an den Regionalrat, der morgen entscheidet

Dass die CDU so plötzlich Druck macht und bereits heute einen Beschluss haben will, hat vor allem einen Grund: Morgen tagt der Regionalrat in Düsseldorf, der Kraftwerksbauten in Industriegebieten grundsätzlich möglich machen will. Dadurch fiel eine erste Hürde für die Pläne in Uerdingen. Die Stadt hält bei alledem aber das Zepter weiter in der Hand. Egal, wie die Entscheidung in Düsseldorf also ausfallen sollte: Ohne Krefelder Zustimmung sind die Pläne nicht zu realisieren. Eine Entscheidung des Planungsausschusses zu diesem Zeitpunkt dürfte deshalb vor allem als Signal zu verstehen sein. Gleichwohl wird das Nein, wenn auch

der Stadtrat zustimmt, damit endgültig zementiert. Es sei denn, die Bebauungspläne werden irgendwann erneut geändert.

Jakubowski führt zur Begründung der CDU-Entscheidung vor allem in der Vergangenheit vorgetragene Bedenken an: Zusätzliche Schadstoffe in einer ohnehin stark belasteten Region und den Klimakiller CO2. „Die Wirtschaftlichkeit kann nicht alles sein. Es darf nicht nur um Geld gehen, sondern auch um die Menschen und die Umwelt.“ Ein kleines Kraftwerk, möglicherweise mit Gas betrieben, will er nicht grundsätzlich ausschließen. Er bestätigte, dass hier auch über ein 200-Megawatt-Kraftwerk gesprochen werde, das die Bedürfnisse von Bayer abdecken könnte. Der Konzern hatte aber eine kleine Lösung ebenso wie Trianel aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt.

05.12.2007

Von Mirko Braunheim

Dipl.-Geogr. Dirk Jansen

-Geschäftsleiter-

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf

Tel.: 0049/ 211 / 30 200 5-22, Fax: -26

Besuchen Sie uns auch im Internet: www.bund-nrw.de

Der BUND ist ein unabhängiger Mitglieder-Verband. Helfen Sie mit - werden Sie jetzt Mitglied oder unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende!

<http://www.bund-nrw.de/mitglied.htm>

<http://www.bund-nrw.de/spende.htm>

Betreff: Aktion "Licht an - aber richtig!" Damit das Klima nicht BILD überlassen bleibt

Datum: Tue, 04 Dec 2007 12:15:58 +0100

Von: Jochen Stay <j.stay@jpberlin.de>

An: Verborgene_Empfaenger: ;

+++ Lesen! +++ Handeln! +++ Weiterschicken! +++

Liebe Freundinnen und Freunde

Sehr geehrte Damen und Herren

Die BILD-Zeitung ist angetreten, das Klima zu retten.

Und wer hätte gedacht, dass es so einfach ist: Für 5 Minuten soll in der Bundesrepublik am Abend des 8. Dezember das Licht ausgehen, als "eindringliche Mahnung, die national und international zu mehr Klimaschutz aufruft".

Mehr zu dieser Aktion "Licht aus", die in Kooperation von BILD mit dem WWF, Greenpeace, BUND, google und Pro Sieben stattfindet unter:

<http://www.lichtaus.info>

Toll, wer alles mitmacht: BMW, Mercedes-Benz und Porsche beispielsweise, das sind die mit den besonders klimaschonenden Autos, oder Evonik, die Ex-Steag, die gerade in Duisburg, Lünen und Herne drei neue Steinkohlekraftwerke bauen will. Alle machen sie 5 Minuten das Licht aus.

Am 8.12. ist internationaler Klimaaktionstag. Die Umweltbewegung ruft

weltweit zu Protesten auf, um Regierungen und Wirtschaftsunternehmen zum Umdenken zu bringen, aber auch, um den Menschen auf der Erde klarzumachen, dass es politischen Druck und eigenes konsequentes Handeln braucht, damit sich wirklich was bewegt.

Möglicherweise macht die Aktion von BILD und Partnern am 8.12. mehr Schlagzeilen, als alle diese Demonstrationen zusammen. Uns hat dieser Widerspruch keine Ruhe gelassen und wir haben überlegt, was die Menschen tun können, um den Klimaschutz wirklich voranzubringen - während, vor und nach diesen 5 Minuten.

So ist sehr spontan die Aktion "Licht an - aber richtig!" entstanden. Und auch hier tritt eine ganze Kooperation aus Medien und Organisationen an:

- taz, die tageszeitung
- jetzt.de, Jugendplattform der Süddeutschen Zeitung
- Naturschutzbund NABU
- attac
- campact
- Robin Wood
- Grüne Liga
- und die Autoren des Buches "Wir Klimaretter"

Wir wollen die Menschen motivieren, deutlich mehr zu tun, als 5 Minuten Licht aus fürs Weltklima. Wir wollen den Protest stärken, die persönliche Energiewende im Haushalt und den Abschied von den vier großen Stromkonzernen. Deshalb gibt es jetzt eine der BILD-Aktion nur auf den ersten Blick ähnliche Webseite. Sie heißt <http://www.licht-an.info>

Schaut sie Euch an und macht mit! Und vor allem: Leitet diese E-Mail bitte an alle Menschen weiter, von denen Ihr glaubt, dass sie mehr wollen und mehr können, als den Lichtschalter zu betätigen, um diese Erde zu retten.

Zünden wir gemeinsam eine E-Mail- und Aktions-Lawine für mehr Klimaschutz!

Danke!

Jochen Stay (für die Initiatoren)

PS: Bitte verlinkt diese Aktion auch auf Eurer Webseite. Entsprechende Banner zum Herunterladen gibt es hier: <http://www.licht-an.info/banner>

Steinkohlekraftwerke sind unwirtschaftlich

Eine aktuelle Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) und des arrhenius Instituts für Energie- und Klimapolitik, Hamburg zeigt: Steinkohlekraftwerke wie das geplante Kraftwerk in Hamburg-Moorburg sind nicht wirtschaftlich, wenn die CO₂-Emissionsrechte ab 2013 vollständig versteigert werden.

Dazu Dr. Helmuth Groscurth, Geschäftsführer des arrhenius Instituts: „Steinkohlekraftwerke waren auch vor Einführung des Emissionshandels wirtschaftlich nicht tragfähig. Sie sind nur dann wirtschaftlich, wenn die Kosten für Emissionsrechte auf den Strompreis aufgeschlagen, diese aber gleichzeitig vom Staat kostenlos zugeteilt werden. Das Klimaschutz- Instrument „Emissionshandel“ würde so zu einer Art Subvention für neue Kohlekraftwerke.“

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass eine stringente Klimaschutz-Strategie, die in erster Linie auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt, technisch machbar und wirtschaftlich tragfähig ist. "Die Potenziale für erneuerbare Energien, Stromsparmaßnahmen und Kraft-Wärme-Kopplung mit hocheffizienten Gaskraftwerken reichen aus, um den gesamten Strombedarf der Großstadt abzudecken.", sagt Dr. Martin Pehnt vom IFEU. Damit könnten die CO₂-Emissionen mittelfristig um 80

Prozent gesenkt werden.

„Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch, dass die Großhandelspreise für Strom heute zu niedrig sind, um den Bau neuer Kraftwerke zu ermöglichen“, so Groscurth weiter.

Download der vollständigen Studie

„Das Steinkohlekraftwerk Hamburg-Moorburg und seine Alternativen“,

die im Auftrag des B.U.N.D. durchgeführt wurde,

unter www.arrhenius.de -> Publikationen oder www.ifeu.de

Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V. (B.KWK)

Alt-Tegel 16

D-13507 Berlin

Tel. 030-436 079 10

Mobil: 0163-3010625

Fax 030-436 079 11

www.bkwk.de

info@bkwk.de

Donnerstag, 06. Dezember 2007 | Deutschland

HINTERGRUND

Klimapaket – Fortschritt oder Mogelpackung?

Bis 2020 soll der Treibhausgas-Ausstoß um rund 40 Prozent gesenkt werden. Das Kabinett hat gestern den Teil 1 des Klimaschutzprogramms beschlossen. Experten bewerten es nicht ganz so euphorisch wie die Regierung.

Berlin (AP) Es war der erste Geburtstag des Berliner Eisbären Knut, und so war die Versuchung allzu groß, den putzigen Publikumsliebling noch einmal in den Dienst des Klimaschutzes zu stellen. „Das Geburtstagsgeschenk für Knut ist, dass wir seinen Verwandten das Eis erhalten wollen“, formulierte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gestern poetisch über das gerade beschlossene Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung.

Dann sagte der SPD-Politiker noch, dass das Paket von 14 Gesetzen und Verordnungen in der Geschichte der Bundesrepublik und auch weltweit einmalig sei. Mögen sich andere Industrieländer bei der laufenden Weltklimakonferenz auf Bali ein Beispiel daran nehmen, ist der Tenor der Regierung. Bleibt nur die Frage: Wird das Klimaprogramm auch etwas nützen? Viele Experten teilen da nicht ganz die Euphorie des Umweltministers, der meint: „Das ist ein Programm, das uns einen Riesenschritt nach vorn bringt.“ Claudia Kemfert etwa, die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, hält die Wirkung des Pakets für überschätzt. Nicht 36 Prozent Minderung bei den Treibhausgasen von 1990 bis 2020 seien so zu erreichen, sondern eher 30 Prozent.

Ähnlich sehen es Greenpeace und die Grünen. „Groß sollte der Sprung der Großen Koalition beim Klimaschutz werden, herausgekommen ist ein recht zaghafter Hüpf“, meinte Parteichef Reinhard Bütikofer.

Worum geht es? Ziel der Bundesregierung ist es, den deutschen Ausstoß der gefährlichen Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent unter den Wert von 1990 zu bringen. Davon waren schon bis 2005 rund 19 Prozentpunkte geschafft – die Hälfte davon übrigens durch den Zusammenbruch der DDR-Industrie, wie Gabriel sagte. Bleiben also 21 Prozentpunkte. Wie soll das gehen? Die Regierung setzt mit ihren Maßnahmen grob gesagt auf zwei Säulen: Energie sparen und mehr Energie aus Quellen beziehen, bei denen wenig Treibhausgase entstehen. Das sind einerseits die „Erneuerbaren“ wie Sonne, Wind, Wasserkraft oder Biomasse. Ihr Anteil am Strommarkt soll von zwölf auf bis zu 30 Prozent steigen, am Wärmemarkt von sechs auf 14 Prozent. Beim Energiesparen nimmt die Regierung mit verschiedenen Vorschriften und Förderprogrammen vor allem das Heizen und Kühlen von Häusern und Elektrogeräte ins Visier.

Wie viel soll das bringen? Die Regierung nimmt an, dass der zusätzliche Ökostrom rund 54 Millionen Tonnen Kohlendioxid einspart, die neuen KWK-Anlagen 14 Millionen, die Sanierung von Gebäuden 31 Millionen, Strom einsparung 25 Millionen Tonnen und Maßnahmen für den Straßenverkehr, die erst im Mai beschlossen werden sollen, 34 Millionen Tonnen.

Alle zwei Jahre soll der Fortschritt überprüft werden. „Kein Mensch wird heute schon sagen können, ob eine Punktlandung im Jahr 2020 gelingt“, sagte Gabriel.

Klimaschutz wird zur Bürgerpflicht

Das vom Kabinett verabschiedete Klimaprogramm hat Folgen für die Verbraucher. Die wichtigsten: Hausbesitzer und Bauherren: Ab 2009 ist es Pflicht, in Neubauten erneuerbare Energien zu verwenden, also Erdwärme, Solarenergie oder Biomasse. Diese Vorschrift steht allerdings unter dem Vorbehalt der Wirtschaftlichkeit. Bei Altbauten wird die Verwendung nicht vorgeschrieben. Die Regierung stockt das Zuschussprogramm für Ökoheizungen aber auf 500 Millionen Euro auf.

Förderprogramme: Das bestehende CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung soll weiterentwickelt werden. Gleichzeitig gelten aber auch strengere Pflichten. So werden die Energiestandards für Neubauten und sanierte Altbauten 2009 um 30 Prozent verschärft und 2012 um eine vergleichbare Größenordnung.

Stromkunden: Um den Marktanteil von Ökostrom zu erhöhen, wird seine Förderung erweitert. Der Anteil soll von zwölf Prozent auf 25 bis 30 Prozent im Jahr 2020 wachsen. Das wird auf den Strompreis umgelegt. Statt derzeit ein Euro pro Monat und Person werden dann 1,40 Euro dafür fällig.

Autofahrer: Im Mai soll die CO₂-bezogene Kfz-Steuer beschlossen werden. Dann soll sich die Steuer nicht mehr nach dem Hubraum, sondern dem CO₂-Ausstoß richten. Sparsame Pkw werden wenig oder gar nicht besteuert, dafür Spritschlucker stärker.

NDR - Mecklenburg-Vorpommern

Lubmin: Experten vor Wirtschaftsausschuss

http://www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/lubmin46-magnifier_i-0_p-0.html

http://www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/lubmin46-magnifier_i-0_p-0.html

Im Streit um das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin haben die Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses im Schweriner Landtag eine **nichtöffentliche** Expertenbefragung beschlossen. Darüber hinaus sei ein Vor-Ort-Termin in Lubmin geplant, teilte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Michael Roolf, am Mittwoch in Schwerin mit. Das öffentlich ausgetragene Hickhack um die Investition müsse angesichts immer neuer veröffentlichter Fakten, Zahlen und Studien endlich ein Ende haben, forderte Roolf. Notwendig seien klare Entscheidungen für, gegen oder zu einem modifizierten Kraftwerksbau. Dazu müssten umwelt-, wirtschafts- und energiepolitische Erfordernisse geprüft werden. Der Ausschuss wolle von den Experten erfahren, was die Politik derzeit tatsächlich noch beeinflussen könne.

Der dänische Kraftwerksbetreiber Dong Energy will bis zum Jahr 2012 in Lubmin für rund zwei Milliarden Euro ein 1.600-Megawatt-Kraftwerk auf Steinkohlebasis errichten. Die von der Landesregierung bisher unterstützten Pläne stoßen vor allem bei Anwohnern, Umweltschützern und in der Tourismusbranche auf Ablehnung.

Stand: 07.11.2007 12:31

Freitag, 07. Dezember 2007 | Titelseite

Zweite Anzeige gegen Dong Energy

Stralsund (OZ/köp) Das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin bringt den dänischen Investor Dong Energy zunehmend juristisch in Erklärungsnot. Nur einen Tag nach Aufnahme von Ermittlungen wegen des Verdachts auf Bestechung (OZ berichtete) nahm die Staatsanwaltschaft Stralsund gestern eine zweite Anzeige entgegen. Der Berliner Rechtsanwalt Peter Kremer begründete die Anzeige damit, Dong habe versucht, dem Lubminer Bürgermeister Klaus Kühnemann (parteilos) „Geld oder andere Hilfe“ anzubieten. „Es muss nicht einmal Geld geflossen sein. Allein das Angebot ist strafrechtlich relevant“, sagte der Jurist der OZ. Dong kündigte an, die Vorwürfe „schleunigst“ klären zu wollen. Konzernchef Eldrup sagte, seine Firma distanzieren sich „ohne Wenn und Aber von Korruption und Bestechung“.

Freitag, 07. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Dong juristisch unter Druck

Wegen angeblicher Geldangebote an den Lubminer Bürgermeister gerät der dänische Stromkonzern weiter in die Defensive. Dong will die Vorwürfe klären.

Stralsund/Berlin/Lubmin (OZ) Der geplante Bau des umstrittenen Steinkohlekraftwerks Lubmin setzt den dänischen Investor Dong Energy immer stärker auch juristisch unter Druck. Nur einen Tag nach Aufnahme staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen den Stromkonzern wegen des Verdachts auf Bestechung (OZ berichtete) ist eine zweite Anzeige eingegangen. Absender ist diesmal der Berliner Rechtsanwalt Peter Kremer. In der Begründung an die Staatsanwaltschaft Stralsund, die der OZ vorliegt, heißt es, Dong habe versucht, dem Bürgermeister von Lubmin, Klaus Kühnemann (parteilos), „Geld oder andere Hilfe“ anzubieten. Kremer bezieht sich auf einen Vorfall am Rande einer Podiumsdiskussion am 2. November in Wolgast, nach der Dong-Mitarbeiter Karsten Möller-Hansen Bürgermeister Kühnemann Geld für „klamme Gemeindekassen“ angeboten haben soll. Kühnemann: „Hinterher ist es ein Dankeschön – vorher Bestechung.“ Kremer vertritt die beiden Naturschutzverbände BUND und NABU, die Umweltstiftung WWF, die beiden Bürgerinitiativen aus Lubmin und Usedom sowie rund 1000 private Einwände. Laut Kremer besitzt Lubmin als Trägerin der Planungshoheit für die Genehmigung des Kraftwerks eine entscheidende Bedeutung. „Es muss nicht einmal Geld geflossen sein. Das Angebot allein ist strafrechtlich relevant“, sagte Kremer der OZ.

Die Staatsanwaltschaft kündigte an, Kühnemann mit weiteren Zeugen des Wolgaster Gesprächs in den nächsten Tagen zu vernehmen. Für die Staatsanwälte ist besonders interessant, dass Kühnemann ein „amtlicher Entscheidungsträger“ ist. Dies sei qualitativ etwas anderes als Sponsorenleistungen für Sportvereine oder Schulen, so Staatsanwalt Ralf Lechte. Dong hatte schon Sportvereinen und einem Gymnasium Geld gezahlt. Dong-Konzernchef Anders Eldrup ließ gestern verlauten, sein Unternehmen distanzieren sich „ohne Wenn und Aber von Korruption und Bestechung“. Um die Vorwürfe „schleunigst“ zu klären, werde man auch eine interne Untersuchung in Gang setzen. Dong war wegen des geplanten Kraftwerks, das ab 2011 pro Jahr 3,6 Millionen Tonnen Kohle verstromen will und dabei rund elf Millionen Tonnen CO₂ ausstößt, auch in Dänemark massiv in die Kritik geraten. Unterdessen lief gestern die Frist zur Abgabe schriftlicher Einwände gegen das Kraftwerk aus. Laut Kremer reichten allein seine Mandanten insgesamt 250 Seiten Einwände ein. Für den 18. Dezember ist die öffentliche Anhörung der Kraftwerksgegner angesetzt. Dong plant, mit dem Bau des Kraftwerks im Sommer 2008 zu beginnen.
JÖRG KÖPKE

<http://www.mvregio.de/show/74276.html>

Bestechungsvorwurf

07.12.2007: Kopenhagen/Greifswald/MVregio Die dänische Nachrichtenagentur Ritzau hat gestern gemeldet, dass die Staatsanwaltschaft in Stralsund

„auf Grund eines Hinweises eine Untersuchung gegen DONG Energy wegen des Vorwurfs der Bestechung eingeleitet hat.

Der Bestechungsvorwurf soll im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt Greifswald stehen.

„Es handelt sich um einen schwerwiegenden Vorwurf. DONG Energy distanziert sich eindeutig von dem Vorwurf der Korruption und Bestechung. Wir betrachten derartige Methoden als unvereinbar mit der Führung unserer Geschäfte. Um in dieser Angelegenheit schnellstmöglich Klarheit zu schaffen, leitet DONG Energy eine interne Untersuchung ein.

Die vollständige Aufklärung dieser Angelegenheit ist entscheidend, daher werden wir selbstverständlich eng mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Wir werden unter keinen Umständen Bestechungen oder andere unsaubere Methoden akzeptieren,“ teilt der Vorstandsvorsitzende der DONG Energy, Herr Anders Eldrup, mit. DONG Energy liegen in Bezug auf diese Behauptungen bisher keine Informationen seitens der Staatsanwaltschaft vor.

MVregio Landesdienst mv/hgw

Aus SVZ SN 05.12.07

Klimaalarm in Dänemark

05. Dezember 2007 | 05:00 Uhr | von Thomas Borchert, dpa

Die Pläne des dänischen Energiekonzerns Dong Energy für den Bau eines Kohlekraftwerkes in Lubmin haben nach einer kritischen TV-Sendung über das umstrittene Projekt im dänischen Fernsehen heftigen politischen Streit in Kopenhagen ausgelöst. Dänische Oppositionsparteien wollen nun einen Stopp für die Pläne erzwingen.

BERGEN/KOPENHAGEN - Die Kopenhagener Klimaministerin Connie Hedegaard sah alles andere als erfreut aus, als sie im Fernsehen zum geplanten Bau eines dänischen Kohlekraftwerks in Mecklenburg-Vorpommern Stellung nehmen sollte. Ausgerechnet vor der Abreise zur UN-Klimakonferenz auf Bali wurde sie gefragt, ob denn der Staatskonzern Dong im Sinne der dänischen Klimapolitik handele, wenn er in Lubmin bei Greifswald ein neues Kohlekraftwerk mit jährlich zehn Millionen Tonnen Kohlendioxid-Emissionen plane.

„Das muss ich alles erstmal genau untersuchen“, murmelte die Politikerin und sprach von „rein kommerziellen Überlegungen“ des Dong-Konzerns. In die könne man sich als Regierung nicht so einmischen.

Kritiker werfen dem Konzern vor, dass sich das zu knapp drei Vierteln staatliche Unternehmen für eine geplante Privatisierung mit Börsengang für potenzielle Investoren attraktiver machen wolle. Die Klimapolitik aber bleibe außen vor.

Dänemarks „grüne Glaubwürdigkeit“ mit dem schönen Windenergie-Image sei in den fünf Minuten des Ministerinterviews zum deutschen Kohlekraftwerk in sich zusammengekracht, schrieb gestern die dänische Zeitung „Information“. Und verwies darauf, dass Dong im eigenen Land nie und nimmer die Bauerlaubnis für ein ähnliches Kraftwerk wie in MV bekommen würde. Denn der Aus- oder auch Umbau der im eigenen Land stark vertretenen Kohlekraft ist bei den Dänen selbst längst tabu.

Der Vorsitzende des dänischen Ingenieurverbandes (IDA), Lars Bytoft, warf Dong vor, um die Zustimmung von

Politikern und Bürgern in MV mit Bestechung geworben zu haben. Auch wenn dabei keine Gesetze gebrochen worden seien, seien Dongs Geschenke an deutsche Vereine und Schulen "am Rande des moralisch Vertretbaren". Dong-Chef Anders Eldrup erklärte dazu, das sei "völlig normale Praxis".

Kritiker wie der Umweltverband WWF werfen der Kopenhagener Regierung als Dong-Mehrheitsaktionär Doppelmoral und Heuchelei vor. "Es leuchtet einfach nicht ein, dass Dong nicht die Klimaziele mit erreichen soll, von der die Regierung sonst alle Welt überzeugen will", sagt WWF-Generalsekretär Kim Carstensen.

Drei Oppositionsparteien wollen nun im Parlament einen Stopp für die Deutschland-Pläne mit Hilfe der staatlichen Aktienmehrheit bei Dong erzwingen. Allerdings stehen die Aussichten für eine Mehrheit schlecht, weil auch die Sozialdemokraten als größte Oppositionspartei die Baupläne für Lubmin stützen.

In Mecklenburg-Vorpommern bündeln die Gegner des geplanten Kohlekraftwerks ihre Kräfte. In Bergen auf Rügen wurde die dritte Bürgerinitiative gegen das Vorhaben gegründet, der nach Angaben eines Sprechers auch Landrätin Kerstin Kassner (Linke) sowie Vertreter von Tourismusverband und Hotel- und Gaststättenverband angehören.

LESERKOMMENTARE

THOMAS KATLUN

05.12.2007 10:24

Dong Lubmin

Selbstverständlich geht alles mit rechten Dingen zu und ist (wahrscheinlich) juristisch nicht anzufechten. Doch langsam muss jedem klar werden, dass alles Gerede vom grünen Urlaubsland Meck- Pom nur Phrasen darstellt. Wozu gibt es eigentlich ein Umweltministerium in Schwerin? Ich denke, man kann schon vorher zu diesen Dingen Stellung nehmen und nicht erst wenn Verfahren laufen.

KORDELLE

05.12.2007 11:36

Dong Lubmin

ich verstehe das geschrei nicht.die grünen usw. müssten doch jubeln.
die kohle waren mal bäume!!ob heute holz verheizt wird und als klimaneutral hingestellt wird oder ob Holz von vor 100 mio jahren jetzt verheizt wird ist erdgeschichtlich vollkommen egal!!

BUSKE

05.12.2007 11:51

lubmin

in lubmin scheint man über leichen zu gehen um dieses kraftwerk durch alle instanzen durch zu drücken.von der kanzlerin bis zu unserer alternen ministerriege schreien alle hurra.die kanzlerin vor schmelzenden eisbergen,mecklenburg als hoch gelobtes gesundheits und urlaubsland „wie verträgt sich das mit solch einer dreckschleuder.glaubwürdigkeit sieht anders aus.und die ewig vorgeschobenen entstehenden arbeitsplätze werden wohl der tourismusbranche verlustig werden.oder werden bei dong schon gut bezahlte posten im aufsichtsrat vergeben.wäre ja ein schönes zubrot nach regierungs ende.aber da die herren so wie so schon das renten alter erreicht haben würde das nicht mal die arbeitslosenstatistik in meck -pomm.entlasten.ha ha .j.buske ,schwerin

MONIKA TIMM

05.12.2007 13:23

lubmin

Rostock hat bereits sein Steinkohlekraftwerk. Nun wird aber ohne Öffentlichkeitsbeteiligung eine Müllverbrennungsanlage durch die Firma Vattenfall im Überseehafen Rostock gebaut. Scheinbar brauchen wir MVA?, denn Deutschland ist Müllimporteur Nr. 1.Viele Rostocker sind ahnungslos und sollen es auch bleiben bis die ersten Gesundheitsschäden, die durch Feinstäube usw. hervorgerufen werden, auftreten. Feinstäube sind lungengängig und können nicht gefiltert werden. Im Körper rufen sie Entzündungen, Allergien usw. hervor. Neben CO2 entstehen bei Verbrennungsprozessen hochgiftige Stoffe, was ist da schon eine Zigarette. Müllverbrennungsanlagen sind Giftschleudern. Elektronikschrott ? zusammen mit Alt- Kunststoffen und Restmüll ? zu verbrennen, erzeugt eine der schlimmsten Giftgemische.Die neue MVA wird jährlich 170 000 t des Klimakillers CO2 ausstoßen und desweiteren wertvolle Rohstoffe vernichten, die in Zukunft dringend benötigt werden. Durch Argumente wie Arbeitsplätze werden geschaffen lassen sich mündige Bürger nicht mehr von den Politikern ködern.

MV verspielt mit seinem Ruf als Gesundheits- und Tourismusland Nr. 1